



Die Fraktion der CDU Bruchköbel

Bruchköbel, 13.07.2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion CDU der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung bitten Sie, den nachfolgenden Änderungsantrag zum TO Pkt. 7 mit auf die Tagesordnung der Sitzung vom 13.07.2021 der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Änderungsantrag für DS 152/2021 zum Haushaltssicherungskonzept 2021-2024

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Grundsteuererhöhung aussetzen

Der im HSK aufgeführte Punkt 2: Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer von 490% auf 530% wird gestrichen. Die im Jahr 2024 auf Hebesatz 630% geplante Grundsteuererhöhung wird ebenfalls gestrichen. Die geplante Ergebnis- und Finanzhaushaltsverbesserung von 1,631 Mio. € durch Steuererhöhungen wird stattdessen durch nachfolgend aufgeführte Punkte erreicht:

- 1.) Die im HH 2021 aufgeführte Investitionsmaßnahme: Restmaßnahmen der umfassenden energetischen Sanierung der Kita Sternenland (700 T€) werden aus Mittelverwendung der teilweisen Entnahme von Rücklagen des Eigenbetriebs Soziale Dienste verwendet.
- 2.) Die Infrastrukturmaßnahme Barrierefreier Ausbau von ÖPNV-Haltestellen wird für das HH-Jahr 2021 ausgesetzt (450T€). Die in den Folgejahren eingeplanten Summen bleiben bestehen.
- 3.) Anschaffung zwei Pedelecs für den Hausmeisterpool (10T€) wird gestrichen.
- 4.) Die Investitionsmaßnahme „Erneuerung Hochzeitsallee“ im Jahr 2022 (370 T€) wird auf unbestimmte Zeit verschoben.
- 5.) Wirtschaftliche Betriebe: Aussetzung der Neubaumaßnahme Büro Bärensee (185.000 €)
- 6.) Wirtschaftliche Betriebe: Aussetzung der Neuanschaffung Pflgetraktor (25.000 €)



- 7.) Im Produkt Wirtschaftsförderung und Marketing werden die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen um weitere 50.000€ auf dann 320.000 € reduziert.
- 8.) Der Stellenplan wird 2021 nicht erweitert. Die geplanten Stellenerweiterungen 0,5 Stelle im PB Kultur und Wissenschaft, die 1,0 Stelle PB Planung und Durchführung der Innenstadtentwicklung, die 1,0 Stelle PB Friedhof- und Bestattungswesen, sowie und neue Stelle PB Wirtschaft und Tourismus werden nicht bewilligt.

Begründung:

Steuererhöhungen dürfen, speziell innerhalb einer Kommune, nur die allerletzte Konsequenz sein. Darüber hinaus hat sich die Stadtverordnetenversammlung bereits im Vorjahr einstimmig darauf verständigt die seinerzeit für 2020 geplante Grundsteuererhebung wieder auszusetzen. Die jetzt von der Verwaltung aufgeführten Grundsteuererhöhungen bis 2024 betragen eine knapp 30% höhere Belastung für Eigentümer von Immobilien. Welche nochmals durch die bis spätestens bis 2025 umzusetzende Grundsteuerreform (erhebliche Mehrbelastung bei Ein- und Zweifamilienhäusern) belastet werden sollen.

Losgelöst von den Begleitumständen der staatlich verhängten Pandemiesituation hat das Land Hessen durch Programme wie z.B. der HESSENKASSE oder dem KIP dazu beigetragen, dass die Kommunen uneingeschränkt ihrer kommunalen Daseinsvorsorge gerecht werden können. Darüber hinaus wurden der Stadt Bruchköbel mit 735 T€ die Ausfälle aus coronabedingten Gewerbesteuerfehleinnahmen kompensiert. Diese Ausgleichszahlungen sind auch noch von der Gewerbesteuerumlage befreit.

Unser Antrag versucht den von der Stadtkämmerei gewählten Weg zu umgehen und durch Ersatzmaßnahmen das Haushaltssicherungskonzept 2021-2024 so darzustellen, dass Steuererhöhungen (GSt.) nicht notwendig sind. Im Einzelnen:

Energetische Kita-Sanierung: Der städtische Betrieb „Soziale Dienste“ verfolgt ein äußerst solides Geschäftsmodell. Dem Ansinnen für den Geschäftsbetrieb einen Neubau zu Errichten wurden umfangreiche Rückstellungen gebildet. Der Plan wurde verworfen und stattdessen ein langjähriger Mietvertrag für die Betriebsstätte der SD abgeschlossen. Eine teilweise Ausschüttung der gebildeten Rücklagen für die restlichen Sanierungsarbeiten würde keine Zweckentfremdung der Mittel bedeuten und den HH spürbar entlasten.

Barrierefreie Bushaltestellen: Eine einjährige Aussetzung der Maßnahme führt zu keiner nennenswerten Verschlechterung der durchzuführenden Baumaßnahme. Neben der reinen zu Verfügungstellung der Mittel braucht es auch die Kapazitäten der Bauabteilung, welche nach eigenen Aussagen personalbedingt am Limit operiert.

Pedelecs: Wenngleich unklar ist welche Synergien damit verbunden sein sollen, passt es nicht ggü. den Bürgerinnen und Bürgern bei drohenden Steuererhöhungen zwei Fahrräder für 10.000 Euro einzukaufen.

Hochzeitsallee: Der Wegebelag des beliebten Spazier-Fitness-Freizeitweges leidet zunehmend durch wachstumsbedingte Verwerfungen der Wegeoberfläche. Angesichts der



prekären HH-Lage glauben wir, dass es zumutbar ist diese Instandhaltungsmaßnahme vorerst unbestimmt zu verschieben.

Wirtschaftliche Betriebe: Mit Antrag vom 05.05.2021 DS92/2021 hat die CDU-Fraktion einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ertragslage und strukturellen Verbesserung am Bärensee eingebracht. Das verfolgte Hauptziel darin nur Maßnahmen zu etablieren, welche auch tatsächlich zu Verbesserung beitragen. Der Büroneubau für drei städtische Mitarbeiter zählte nicht dazu. Es konnte nicht schlüssig von der Verwaltung der Nachweis erbracht werden, dass es tatsächlich zu einer Verbesserung des Betriebes am Bärensee kommt. Demnach sehen wir unter dem Aspekt der Haushaltssituation einer nochmaligen Bewertung der Baumaßnahme entgegen. Die ohnehin exorbitant gestiegen Baukosten lassen vermuten, dass der angesetzte Investitionsbetrag nicht reicht. Das gleiche gilt für die geplante Neuanschaffung des Pflgetraktors. Hier könnte auch aus der zur Verfügungstellung eines Fahrzeuges des Bauhofs oder der städtischen Hausverwaltung Abhilfe geschaffen werden.

Zuwendung Wirtschaftsförderung: Bedingt durch den zweiten Lockdown fanden wiederholt keine oder nur wenig Veranstaltungen im laufenden Jahr 2021 statt. Somit könnte die Zuwendungen an Wirtschaftsförderung ohne Qualitätsverlust auf das IST Niveau von 2019 reduziert werden.

Stellenplan: Im Zuge einer fraktionsübergreifenden Abstimmung bei den HH-Beratungen zum HH 2021 wurde der Stellenplan nicht angegriffen. Bedingt durch die nun anstehende Nachbesserung des HSK erscheint es geboten eine weitere Aufstockung zu unterbinden. Die geplanten Aufgabenstellungen sind zumindest für das HH-Jahr 2021 mit dem derzeitigen Personalbestand zu bewältigen resp. abteilungsintern oder übergreifend zu organisieren.

Fraktionsvorsitzender

Reiner Ochs